

Die Vollversammlung der IHK Ostwürttemberg hat am 27. September 2011 folgenden Beschluss gefasst:

Energieversorgung und Klimaschutz sachorientiert voranbringen

- 1) Die Auswirkungen der Naturkatastrophe in Japan können die Diskussion um eine nachhaltige Energiepolitik nicht unbeeinflusst lassen. Es ist unverzichtbar, gerade jetzt sachorientiert Entscheidungen zu treffen.
- 2) Balance zwischen preiswürdiger und sicherer Energieversorgung, Klimaschutz und Wachstum ist herzustellen. Ergänzend sind Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz umzusetzen. Hierzu bedarf es einer verlässlichen, ganzheitlichen Politik. Es müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden, um damit Realisierungszeiträume von Infrastrukturinvestitionen zu verkürzen.
- 3) Für die langfristige Sicherung der Technologiekompetenz in Baden-Württemberg muss auch die energietechnische Forschung und Entwicklung weiter vorangebracht werden. Dafür ist auch seitens der Politik für gesellschaftliche Akzeptanz zu sorgen.
- 4) Höchstmögliche Sicherheit war und bleibt oberstes Gebot beim Einsatz von Energiequellen. In diesem Zusammenhang gilt es auch, die europäische Sicherheitskultur weiter auf höchstem Niveau zu harmonisieren.
- 5) Um eine preiswürdige Stromversorgung zu gewährleisten, müssen Hemmnisse für einen breiten Energiemix beseitigt werden.
- 6) Energieeffizienz muss auf betrieblicher wie öffentlicher und privater Ebene angestrebt werden. Hier liegen erhebliche Einsparpotenziale, die die angestrebte Energiewende erleichtern.
Mit der Restnutzung der Kernkraft wird Zeit gewonnen, um die Stromversorgung im Land CO₂-neutral und ohne Versorgungslücke zukunftsfähig zu halten. Eine Verlagerung von Betrieben in andere Staaten mit geringeren gesetzlichen Anforderungen an Umwelt- und Klimaschutz als Antwort auf wirtschaftlich nicht mehr tragbare Energiepreise darf nicht Konsequenz der deutschen Energiepolitik sein.